

Vernehmlassung zu den Erlassentwürfen zur Stärkung der Volksschule Aargau

Vernehmlassung vom 10. Juni bis 10. September 2010

Hinweise zum Ausfüllen

Den Fragebogen und alle Unterlagen zur Vernehmlassung finden Sie auf dem Internet:
www.ag.ch/vernehmlassungen. **Sie erleichtern uns die Arbeit sehr, wenn Sie den Fragebogen elektronisch ausfüllen. Besten Dank.**

Als Dokumente für die Vernehmlassung stehen Ihnen zur Verfügung:

- a) zwei Übersichtssynopsen, auf denen das bestehende Recht und die neuen Paragraphen aufgeführt sind
- b) einen Vernehmlassungsbericht mit Hinweisen zu den einzelnen Bestimmungen

Für ein korrektes Ausfüllen des Fragebogenformulars benötigen Sie einen Adobe Acrobat Reader ab Version 8. Die aktuelle Version können Sie [hier kostenlos herunterladen](#).

Mit der Tabulatortaste können Sie von Feld zu Feld springen, mit der Funktionstaste im Dokument unten auf der Seite können Sie auf die nächste Seite blättern.

Support

Bei technischen Unklarheiten und Problemen wenden Sie sich an support@schulen.ag.ch, Tel. 062 835 21 14.

Für inhaltliche Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Christian Aeberli, Leiter Abteilung Volksschule

Departement Bildung, Kultur und Sport

E-Mail: christian.aeberli@ag.ch, Tel. 062 835 21 00

Wenn Sie den Fragebogen fertig ausgefüllt haben, können Sie uns Ihre Antworten mit einem Klick auf das Feld "Fragebogen speichern + Antworten senden" übermitteln. Sie erhalten eine Meldung, dass die Daten erfolgreich übermittelt worden sind. Sie können die Pdf-Datei aber auch per E-Mail an volksschule@ag.ch senden oder auf dem Postweg an das Departement BKS, Stärkung der Volksschule, Bachstrasse 15, 5001 Aarau. Endtermin ist der **10. September 2010**.

Aarau, im Juni 2010

Organisation: Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK, Aarau
Name: Peter Lüscher, Geschäftsleiter
E-Mail: peter.luescher@aihk.ch

Zugehörigkeit: (Zutreffendes markieren)

Politische Partei
Wirtschaftsverband
Berufsverband
Gewerkschaftliche Organisation
Gemeinde
Schulpflege
Behördenvereinigung
andere Institution
Privatperson

Schulleitung
Kollegium
Lehrperson

Bitte präzisieren Sie: (Mehrfachnennung möglich)

- Kindergarten
- Primarschule
- Realschule
- Sekundarschule
- Bezirksschule
- Kleinklasse Primar
- Kleinklasse Sek I
- Gymnasium
- Schulische Heilpädagogik
- andere

Fragen zur Anhörung

Frage 1: Sind Sie damit einverstanden, dass der Kindergarten rechtlich als Teil der Volksschule verankert wird und damit von den gleichen Unterstützungsmöglichkeiten wie die anderen Stufen profitieren kann?

→ bedingt Änderung in:

Kantonsverfassung § 29 Abs. 1–3 und 5, § 34 Abs. 2

Schulgesetz § 2 Abs. 1, § 4 Abs. 1, § 9, § 11, § 13 Abs. 3

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.2 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Frage 2: Sind Sie damit einverstanden, dass der zweijährige Kindergarten obligatorisch wird?

→ bedingt Änderung in:

Kantonsverfassung § 34 Abs. 2

Schulgesetz § 4 Abs. 1, § 5, § 9, § 11

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.2 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Frage 3: Sind Sie damit einverstanden, dass Kinder, die bis zum 31. Juli das vierte Altersjahr vollendet haben, in den Kindergarten eintreten?

→ bedingt Änderung in:

Schulgesetz § 4 Abs. 2, § 90c

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.2 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Frage 4: Sind Sie damit einverstanden, dass auf Gesuch der Eltern ein späterer Eintritt in den Kindergarten möglich sein soll?

→ bedingt Änderung in:

Schulgesetz § 5

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.2 Vernehmlassungsbericht

ja	eher ja	eher nein	nein
<input type="checkbox"/> 1	<input checked="" type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Ihre Antwort

Bemerkungen:

Frage 5: Sind Sie mit der folgenden Formulierung zum Bildungsziel des Kindergartens einverstanden?

"Der Kindergarten unterstützt die Entwicklung der Wahrnehmungs-, Ausdrucks- und Gemeinschaftsfähigkeit des Kinds. Er schafft die Voraussetzungen für das schulische Lernen."

→ bedingt Änderung in:

Schulgesetz § 18b

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.2 Vernehmlassungsbericht

ja	eher ja	eher nein	nein
<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Ihre Antwort

Bemerkungen:

Das Bildungsziel des Kindergartens muss an dasjenige der Primarschule angepasst sein, damit ein reibungsloser Übergang stattfinden kann.

Frage 6: Sind Sie damit einverstanden, dass die Primarschule sechs Jahre und die Oberstufe drei Jahre dauert?

→ bedingt Änderung in:

Schulgesetz § 11, § 23 Abs. 1

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.3 Vernehmlassungsbericht

ja	eher ja	eher nein	nein
<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Ihre Antwort

Bemerkungen:

Wir unterstützen die strukturelle und inhaltliche Harmonisierung der Schule auf gesamtschweizerischer Ebene. Die Angleichung der aargauischen Struktur an das Mehrheitsmodell ist zweckmässig (auch wenn dadurch die Qualität kaum direkt gesteigert wird). Die interkantonale Mobilität und die Zusammenarbeit (z.B. bei Lehrmitteln) werden dadurch aber erleichtert. Die Oberstufe soll dreigliedrig bleiben, der leistungsstärkste Zug soll auf Gymnasium und anspruchsvolle Berufslehren vorbereiten.

Frage 7a: Sind Sie damit einverstanden, dass bei der dreijährigen Oberstufe ein Oberstufenzentrum mindestens sechs Abteilungen und die einzelnen Schulanlagen mindestens drei Abteilungen umfassen müssen?

→ bedingt Änderung in:

Schulgesetz § 22 Abs. 2 und 3, § 67a

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.3 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Frage 7b: Wenn eher nein oder nein:
Soll die Minimalgrösse von Oberstufenzentren grösser oder kleiner als unter Frage 7a aufgeführt sein?

	grösser	eher grösser	eher kleiner	kleiner
Ihre Antwort	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Frage 8: Sind Sie damit einverstanden, dass Kindergärten, Primarschulen, Real- und Sekundarschulen Zusatzlektionen erhalten, wenn sie sich in einem Umfeld mit erheblicher sozialer Belastung befinden?

→ bedingt Änderung in:

Schulgesetz § 14a Abs. 1–3

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.4 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input type="checkbox"/> 1	<input checked="" type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Die Zuteilung zusätzlicher Ressourcen bei schwierigen Verhältnissen kann zu einer Qualitätsverbesserung beitragen. Der Einsatz zusätzlicher Mittel für besonders belastete Schulen (und nur für diese) ist gerechtfertigt, die Zuteilung muss aber nach einfachen, nachvollziehbaren Kriterien erfolgen. Der Zielwert von 30-40 % anspruchsberechtigten Schulen ist zu überprüfen und nötigenfalls zu senken. Der Mitteleinsatz muss steuerbar sein, die Zusatzkosten müssen finanzierbar sein.

Frage 9: Sind Sie damit einverstanden, dass der Regierungsrat plant, für Zusatzlektionen für Kindergärten und Schulen mit erheblicher sozialer Belastung 35 Mio. Franken bereitzustellen?

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.4 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input type="checkbox"/> 1	<input checked="" type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Der Mitteleinsatz muss steuerbar sein, die Zusatzkosten müssen finanzierbar sein. 35 Millionen Franken pro Jahr liegen aus unserer Sicht am obersten Rand des Tragbaren.

Frage 10: Sind Sie damit einverstanden, dass Real- und Sekundarschullehrpersonen in schwierigen Klassensituationen für maximal 6 Monate Unterstützung durch Assistenzen erhalten?

→ bedingt Änderung in:

Schulgesetz § 14a Abs. 1–3

Gesetz über Anstellung Lehrpersonen GAL § 1 Abs. 2

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.5 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input checked="" type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Wir fragen uns, was dieses neue Instrument bringen kann und soll.

Frage 11: Sind Sie damit einverstanden, dass der Kanton die Kosten für Assistenzen sowie für Zusatzlektionen an Kindergärten und Schulen mit erheblicher sozialer Belastung übernimmt?

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.4 / 3.5 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Frage 12: Sind Sie damit einverstanden, dass regionale Spezialklassen geführt werden können für Schülerinnen und Schüler mit disziplinarischen und sozialen Auffälligkeiten, welche die Regelklasse kurzfristig nicht zu tragen vermag?

→ bedingt Änderung in:
Schulgesetz § 15a; § 57a
→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 3.6 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Wir begrüßen die Schaffung von Spezialklassen.

Die integrative Schulung lehnen wir nach wie vor ab. Wir verlangen deshalb deren Abschaffung (siehe Zusatzantrag unten).

Frage 13: Sind Sie damit einverstanden, dass die revidierten Erlasse per Schuljahr 2013/14 in Kraft treten?

→ inhaltliche Ausführung vgl. Kapitel 5 Vernehmlassungsbericht

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Wenn eher nein oder nein:

Sollen folgende Massnahmen später als per Schuljahr 2013/14 eingeführt werden?

Frage 13a: Schulstruktur 2/6/3
(2 Jahre Kindergarten, 6 Jahre Primarstufe, 3 Jahre Oberstufe)

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Frage 13b: Zusatzlektionen für Kindergärten und Schulen mit erheblicher sozialer Belastung

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Frage 13c: Assistenzen für Real- und Sekundarlehrpersonen in schwierigen Unterrichtssituationen

	ja	eher ja	eher nein	nein
Ihre Antwort	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4

Bemerkungen:

Weitere Bemerkungen:

Ausgangslage:

Wir beurteilen die Vorlage auf Basis unserer Grundanliegen an die Volksschulbildung, die wir schon im Zusammenhang mit dem Bildungskleeblatt in die Diskussion eingebracht haben:

- Die «Output-Qualität» unserer Schule genügt den Ansprüchen nicht in allen Teilen. Wir müssen die Qualität auf allen Stufen verbessern. Wir haben insbesondere ein Problem mit der Integration von Real- und Kleinklassenschülern in Berufsbildung und Arbeitsmarkt. Dieses müssen wir angehen.
- Die mit Noten abgebildeten Schulresultate sind wenig aussagekräftig. Die gleiche Note bedeutet nicht überall die gleiche Leistung. Wir brauchen Vergleichsinstrumente.
- Blockzeiten und Tagesstrukturen fehlen vielerorts. Wir brauchen bedarfsgerechte (nicht perfektionistische) Modelle, deren Finanzierung schwergewichtig durch die Nutzer zu erfolgen hat. Dafür sind die Gemeinden zuständig (Kompetenz und Finanzierung).
- Gute Schüler sollen die Volksschule schneller durchlaufen können (unabhängig davon ob sie nachher in eine Berufsbildung oder in ein Gymnasium eintreten).
- Flächendeckende integrative Schulung lehnen wir nach wie vor ab.
- Wir unterstützen die (inhaltliche und strukturelle) Harmonisierung der Schule auf gesamtschweizerischer Ebene. Der Aargau muss sich anpassen und nicht ein Sondermodell suchen. Wir erachten ein dreigliedriges Oberstufenmodell als zweckmässig. Der leistungsstärkste Zug soll auf Gymnasium und anspruchsvolle Berufslehren vorbereiten.
- Eine Bildungsreform kann nur erfolgreich sein, wenn sie verständlich, finanzierbar und etappiert ist. Wir wollen klare (und vollständige) Angaben bezüglich Kosten und Nutzen. Die Kosten müssen durch die zuständigen Stellen, insbesondere den Grossen Rat steuerbar sein.

Grundsätzliche Bemerkungen aus AIHK-Sicht:

Wir unterstützen das schrittweise, pragmatische Vorgehen bei der Reform der Volksschule Aargau. Die Stossrichtung der Vorlage stimmt aus unserer Sicht.

Zusatzantrag der AIHK (als Ergänzung zu den oben beantworteten Fragen):

Wir verlangen die Abschaffung der integrativen Schulung, welche sich in der Praxis nicht bewährt hat (weder im Kanton Aargau noch z.B. im Kanton Zürich). Die in der Vorlage vorgesehene Lösung mit der Weiterführung integrativer Schulung in gewissen Schulen und ohne integrative Schulung im Rest der Schulen überzeugt uns nicht. Wir wünschen ein einheitliches Modell für den ganzen Kanton. Wir beantragen deshalb, die seinerzeitigen Entscheide zur Einführung integrativer Schulungsmodelle rückgängig zu machen.

Aarau, 9. September 2010 / P. Lüscher

PS

Wir erachten es als sinnvoll, wenn auch bei Fragebogen am Anfang jeweils ein (genügend grosses) Feld für «Grundsätzliche Bemerkungen» eingefügt wird.

Bitte senden Sie uns Ihre Antworten mit einem Klick auf das Feld "Fragebogen speichern + Antworten senden". Sie erhalten eine Meldung, dass die Daten erfolgreich übermittelt worden sind. Sie können uns die PDF-Datei auch per E-Mail an volksschule@ag.ch senden oder auf dem Postweg an Departement BKS, Stärkung der Volksschule, Bachstrasse 15, 5001 Aarau. Endtermin ist der **10. September 2010**.